



derStandard.at | Investor | Finanzen & Börse | Banken | Banken-U-Ausschuss

31. Mai 2007
08:28 MESZ



Auf den Aktenwägen, die am Mittwoch in den Banken-U-Ausschuss geschoben wurde, lagen Unterlagen und Dokumente zur Pleite des Fondsanbieters Amis.

Aufarbeitung einer Megapleite

Knalleffekt in der Causa Amis: Der Steuerberater des Pleite gegangenen Fondsanbieters, Keppert, hat gegen Gutachter Biegler eine Sachverhaltsdarstellung eingebracht

Wien – Neuer Höhepunkt im Banken-Untersuchungsausschuss, wo am Mittwoch die Amis-Pleite verhandelt wurde: der Steuerberater des Pleite gegangenen Fondsanbieters, Thomas Keppert, hat gegen Manfred Biegler, Gutachter für den Versicherungsverband in der Causa Amis, eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft eingebracht. Grund: Verdacht auf Verleumdung.

Biegler erhebt in seinem Gutachten für die Rechtsschutzversicherungen schwere Vorwürfe gegen Keppert: Vornahme einer unkorrekten Teilwertabschreibung aktivierter immaterieller Vermögensgegenstände bei der Firstinex (Anm.: spätere Amis- Tochter) und damit Deckung einer Bilanzfälschung.

"Ich werfe ihm nicht die Bilanzfälschung 2000 vor, aber ich werfe ihm vor, dass er im folgenden Jahr eine Sanierung betrieben hat und nicht eine Korrektur der Bilanz 2000", erläuterte Biegler am Mittwochabend bei seiner Befragung vor dem Bankenausschuss.

Keppert, der selbst Gutachter im Vawag-Strafverfahren ist, war Mittwochabend als letzte Auskunftsperson vor dem Ausschuss geladen.

Seit der Insolvenz des Fondsanbieters im Jahr 2005 hoffen rund 16.000 geschädigte Anleger auf eine Rückerstattung ihrer Einlagen beträgt knapp 62 Millionen Euro. Die Abschlussprüferin von Amis, Gabriele Popp von der BDO Auxilia Treuhand GmbH, verteidigte zuvor ihre Tätigkeit für Amis in den Jahren vor der Pleite. Popp beteuerte, keine Verdachtsmomente für den mutmaßlichen Anlegerbetrug gesehen zu haben.

Das "unrechtmäßige Halten von Kundengeldern" bei Amis sei ihr bekannt gewesen, es habe sich um ein Treuhandkonto gehandelt. Die Wirtschaftsprüferin sagte, sie habe sich bei vielen Dingen auf die Angaben des Amis-Vorstands verlassen, der auch für die Bilanzen verantwortlich sei. Die Kundengelder seien in Luxemburg verwahrt gewesen, dort habe sie nicht prüfen können. "Wenn das so ist, ist Ihre Prüfung wertlos, weil Sie nie prüfen können", sagte der Abgeordnete Ewald Stadler (FP).

Der vom Gericht mit der Untersuchung der Insolvenz beauftragte Sachverständige Gottwald Kranebitter hatte im Herbst ein Gutachten erstellt, aus dem hervorgeht, dass Amis bereits 2000 Insolvenz hätte anmelden müssen. Die Bilanzen seien seit 2000 unrichtig.

Warten auf die Anklage

Die Anklageschrift im Amis-Skandal wurde Ende März fertiggestellt, rechtskräftig ist sie noch nicht. Den Amis-Gründern, Dietmar Böhmer und Harald Loidl, dem Ex- Vorstand Thomas Mitter und den ehemaligen Amis-Fondsmanagern Wolfgang Gänsdorfer und Alban Kuen wird schwerer gewerbsmäßiger Betrug angelastet, es gilt die Unschuldsvermutung.

Geprüft wird der Einspruch, der dem Vernehmen nach von Gänsdorfer kommt, vom Oberlandesgericht. Wann das Verfahren beginnen kann, ist daher noch offen.

Böhmer und Loidl wurden im November 2005 in Venezuela verhaftet und nach Wien überstellt. Seither sitzen sie wegen Fluchtgefahr in Untersuchungshaft. Weiterhin unklar ist, wie es im Ausschuss selbst weitergeht. Termine für den Juni wurden bisher noch nicht fixiert. (bpf, APA, DER STANDARD, Print-Ausgabe, 31.05.2007)

© 2007 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.

Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.